

Irrtümlich Amokalarm ausgelöst

Großeinsatz an Ursulinenschule Hersel

BORNHEIM-HERSEL. An der Ursulinenschule in Hersel ist am späten Mittwochnachmittag Amokalarm ausgelöst worden. Wie die Polizei auf Anfrage bestätigt, rückten die Beamten mit einem „massiven Aufgebot“ zur Schule an der Rheinstraße aus. „Wir haben uns zunächst auf den schlimmsten Fall eingestellt“, sagte ein Beamter der Leitstelle. Mittwochs findet an der privaten Ursulinenschule auch noch spät am Nachmittag Unterricht statt.

Die Einsatzkräfte vor Ort durchsuchten das Schulgebäude, einige Schüler wurden von Lehrern und benachrichtigten Eltern ins Freie gebracht. „Wir haben für einen solchen Amokalarm abgestimmte Vorgehensweisen, die hier von der Schule und den Einsatzkräften sehr gut umgesetzt wurden“, so der Beamte weiter.

Schnell konnte dann vor Ort Entwarnung gegeben werden: Es handelte sich um einen Fehlalarm. „Nach unseren ersten Erkenntnissen wurde der Knopf für den Amokalarm versehentlich gedrückt.“ Ein Spezialeinsatzkommando kam daher nicht zum Einsatz. Weitere Details konnte die Polizei noch nicht nennen. Wer den Knopf gedrückt hat und ob es sich tatsächlich um ein Versehen handelte, ist Teil der Ermittlungen. Die Schüler befanden sich nach Angaben der Polizei zu keiner Zeit in Gefahr. *jsf*

Vernissage im Trimborn-Hof

ALFTER. Traditionell wechseln die Ausstellungen von Bildern und Fotos im Trimborn-Hof nach einiger Zeit. Nach der Präsentation von Werken von Dorothee Fenske folgt nun eine Ausstellung mit Bildern der „MontagsmalerInnen“ des Kulturkreises Alfter. Die Vernissage findet am Freitag, 14. Februar, ab 17 Uhr im Trimborn-Hof, Hemmergasse 49, statt. Anneliese Wodack, Eugenie Hellmann, Ursel Siebke, Gisela Streich, Beate Eulenbruch, Irmgard Jansen-Otto, Hildegard Werner und Mirjam Bongartz zeigen ihre Werke in verschiedenen Stilrichtungen – alle um die Themenkreise Natur, Heimat und Mensch.

Die breite Palette der Werke umfasst Stilleben, Landschaften in Europa und ein Kölner Farbenspiel, Bilder der Provence und Tierporträts sowie Blumenstillleben in unterschiedlichen Techniken. *hmo*

Preisträger zeigen ihr Können

BRÜHL. Jahr für Jahr nehmen Hunderte Kinder aus der Region an den Wettbewerben von „Jugend musiziert“ teil. Bei öffentlichen Konzerten beweisen die jungen Talente ihr Können. Am Sonntag, 9. Februar, stehen die regionalen Preisträger auf der Bühne der Aula der Brühler Kunst- und Musikschule, Liblarer Straße 12-14. Beginn der Veranstaltung ist um 11 Uhr. Die Verleihung der Urkunden an die erfolgreichen Teilnehmer der Kunst- und Musikschule an diesem Wettbewerb wird von Ausschnitten aus dem Wettbewerbsprogramm mit Werken vom Barock bis zur Moderne umrahmt. Der Eintritt ist frei. *hmo*

Mundartmesse in Waldorf

BORNHEIM-WALDORF. Zum jecken Gottesdienst am Sonntag, 9. Februar, ab 11 Uhr in der Pfarrkirche Sankt Michael, Hosterstraße, lädt der Ortsausschuss Waldorf ein. Anschließend findet ein kleiner Empfang mit dem Kinderprinzenpaar Hannah I. und Maria I. im Pfarrer-Dederichs-Haus, Mittelstraße 11, statt. *trs*

CDU und SPD in Alfter nominieren ihre Bürgermeisterkandidaten



Bis zur Kommunalwahl am 13. September dauert es zwar noch mehr als ein halbes Jahr, die Parteien in Alfter bringen sich aber langsam in Stellung. Am Mittwochabend bestimmten sowohl die CDU als auch die SPD ihre Kandidaten für das wohl begehrteste Amt: das des Bürgermeisters. Die CDU stellte wenig überraschend den amtierenden Bürgermeister Rolf Schumacher (Foto l., 3.v.l.)

auf, dem bei der Versammlung 52 von 53 Mitgliedern ihre Stimme gaben. Im August 2009 war Schumacher mit rund 52 Prozent der Stimmen erstmals zum Stadtchef gewählt worden. Sechs Jahre später erlangte er das Amt mit 62 Prozent der Stimmen erneut. Schumachers SPD-Gegenkandidat heißt Hans G. Angrick (Foto r., mit SPD-Kreistagsmitglied Susanne Sicher). Vor seinem Ruhestand



2019 arbeitete er in Manager-Positionen bei der Post. Seit 2017 ist er Vorsitzender der SPD Alfter. Bei deren Versammlung sprachen ihm 17 Mitglieder ihr Vertrauen aus, es gab eine Neinstimme und zwei Enthaltungen. Bei beiden hatte es keine Gegenkandidaten gegeben. Mit im Rennen ums Bürgermeisteramt ist bisher zudem Sandra Semrau von den Freien Wählern. *wkh/FOTOS: MATTHIAS KEHREIN*

Nichts tut sich am Rheinufer

Hang droht seit Jahren, abzurutschen. Bund und Land streiten um Sanierungskosten

VON KATHARINA WEBER

BORNHEIM. Die rot-weiße Absperrung und die Schilder mit schwarzem Ausrufezeichen und der Unterschrift „Gefahr von Hangrutschung“ gehören seit Jahren zum Bild am Rheinuferweg. Denn ebenfalls seit Jahren ist der Hang am Rheinufer nicht mehr standsicher. Davon zeugen Risse im Weg und im darunter liegenden Leinpfad. Dass der Hang saniert werden muss, ist unumstritten – wer die Kosten dafür übernimmt, hingegen nicht. Vor Gericht streiten sich Bund und Land darum. Nun teilte die Stadt Bornheim in ihrer jüngsten Sitzung des Stadtrats mit: Das aktuell laufende Güterrichterverfahren hat bisher zu keinem Ergebnis geführt.

■ Worum geht es? Für 1,4 Millionen Euro wurden in den Jahren 2010/2011 unter anderem tonnenschwere Steine in die Böschung gekippt, um das Ufer provisorisch zu befestigen. Bevor die Arbeiten erfolgten, war vereinbart worden, dass sich Land und Bund die Kosten zunächst teilen und dann gerichtlich klären lassen, wer letztlich zuständig ist.

Und um diese Kosten ringen das Land NRW – vertreten durch das Landesumweltministerium – und die Bundesrepublik Deutschland – vertreten durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) – immer noch. Das Verwaltungsgericht Köln urteilte 2015, dass der Bund zahlen muss. Doch dagegen legte die WSV Berufung am Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster ein. Zwar geht es zunächst nur um die Kosten für das Provisorium, ein Urteil könnte aber auch richtungsweisend dafür sein, wer die Kosten für die endgültige Sanierung tragen muss.

■ Was ist ein Güterrichterverfahren? 2017 versuchte das OVG Bewegung in die Sache zu bringen, indem es eine Mediation in Form eines Güterrichterverfahrens vorschlug. Daran beteiligen sollten sich das Land, der Bund und die Stadt Bornheim als Eigentümerin von Grundstücken am Ufer. Bei einem solchen Verfahren werde versucht, eine außergerichtliche Lösung zu finden, erläuterte damals OVG-Pressesprecher Ulrich Lau dem GA.

Eine Mediation komme etwa bei langwierigen Streitigkeiten in Betracht, die nicht durch ein einziges Gerichtsurteil beendet werden würden. Am Ende stehe also kein Gerichtsurteil, sondern ein Kompromiss.

Speziell ausgebildete Richter, sogenannte Güterrichter, begleiten ein solches Verfahren – sie sind aber nicht entscheidungsbefugt. Das Verfahren ist nicht öffentlich.

Laut einem Schreiben des OVG aus 2017 regten die Richter eine Mediation „mit Blick auf den über das vorliegende Verfahren hinausgehenden Streit“ an – also die Frage, wer am Ende alles bezahlt. Welche Arbeiten für die vollständige Sanierung des Ufers nötig sind, steht indes noch gar nicht fest, trotzdem kursieren schon Kostenschätzungen von rund 20 Millionen Euro.

„Bei allem Verständnis ist dieser Verfahrensablauf nicht mehr zu akzeptieren“

Ralf Stark
Rechtsanwalt und Anwohner

■ Was enthält der Bericht der Stadt aus der Ratssitzung? Dem Bericht zufolge haben zwar alle Parteien dem Mediationsverfahren zugestimmt, ein Ergebnis habe es bisher aber nicht gebracht. Während die Mediation läuft, ruht das Berufungsverfahren vor dem OVG.

Laut Bericht trafen sich Vertreter der Stadt und des Landes am 30. April 2019 bei der Bezirksregierung Köln. Thema war ein Gutachten, das die Bezirksregierung in Auftrag gegeben hatte. „Der Termin hat aber keinen Fortschritt für das weitere Vorgehen gebracht“, heißt es im Bericht. Als Voraussetzung für gemeinsame nächste Schritte hätten Bund und Land bei dem Treffen gefordert, dass die Stadt versichere, sich an den Kosten zu beteiligen. In

einem Schreiben vom Juli 2019 erklärte sich die Stadt bereit, „auch finanzielle Lasten zu übernehmen“, sofern die zuständigen politischen Gremien zustimmten. Darin schlug die Stadt vor, eine Projektgruppe mit den drei Parteien und unter Beteiligung eines externen Beraters zu schaffen. Ziel sollten bauliche Lösungen und konkrete Planungen für das Rheinufer sein. Darauf reagierte die WSV im Dezember 2019: Einem Schreiben an die Stadt zufolge unterstützte sie den Vorschlag. Vom Land liege laut Stadt noch keine Reaktion vor.

■ Was sagen die Anwohner? Für die Besitzer der privaten Grundstücke am Rheinufer steht zu befürchten, dass sie auch an den Sanierungskosten beteiligt werden. Um die Interessen der Anlieger zu bündeln, rief der ebenfalls am Rheinufer wohnende Rechtsanwalt und Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht sowie Lehrbeauftragte des Bundes, Dozent für Öffentliches Recht, Zivilprozess- und Arbeitsrecht, Ralf Stark vor Jahren die Interessengemeinschaft „Rheinufer Bornheim“ ins Leben. In einem Brief an den Bürgermeister forderte er kürzlich Antworten auf Fragen rund um den Hangrutsch. Ob die Stadt die Anwohner an den Kosten beteiligen wolle, ist eine davon.

Darüber hinaus fragt Stark, wer für die jährliche Reparatur des

Rheinuferwegs verantwortlich ist. Schwere Rüttelmaschinen würden dort regelmäßig die Risse im Teer ausbessern. Das bringe zwar eine optische Verbesserung, nach Ansicht des Wasser- und Schifffahrtsamts würden die Arbeiten den Hang aber weiter schädigen. Ähnliches gelte für Neubauvorhaben, die die Stadt trotzdem genehmigt habe.

Auch an das zuständige Oberverwaltungsgericht in Münster wandte Stark sich mit einem Schreiben. „In der Angelegenheit ist bei dem OVG seit 2015 und damit seit nunmehr fast fünf Jahren ein Verfahren anhängig, ohne dass es hier – mit Ausnahme einer Güteverhandlung – zu einem Fortgang kommt“, kritisiert er.

Als Gründe dafür habe man ihm Arbeitsüberlastung oder die Abwesenheit der Richter genannt. Stark dazu: „Bei allem Verständnis für den verdienten Urlaub des oder der zuständigen Richter und die sicherlich hohen Belastung der Richter und Richterinnen am OVG ist dieser Verfahrensablauf nicht mehr zu akzeptieren.“

Weil Stadt, Land und Bund sich über die provisorischen Kosten nicht einig würden und die Justiz das Verfahren noch nicht zu einem Abschluss gebracht habe, bleibe der Hang instabil, schreibt Stark. Im schlimmsten Fall drohe den Anwohnern eine Nutzungsuntersagung ihrer Häuser. „Mit anderen Worten: Zahlreiche Familien in Bornheim würden sprichwörtlich ihr Dach über dem Kopf verlieren“, macht Stark deutlich.

Ackern statt büffeln

Projekte für Kinder beim Stallgespräch Alfter

ALFTER. „Ackern statt büffeln!“ beim Stallgespräch: Im Frühling starten neue Projekte für Schulen und Hobbygärtner auf dem Bildungs- und Begegnungshof am Alfterer Stühleshof 106. Bei dieser Aktion können Schulklassen oder OGS-Gruppen „Bauern für eine Saison“ spielen und ein Feld mit unterschiedlichen Produkten bestellen. Das gemeinsame Arbeiten fördert die emotionalen, motorischen und sozialen Fähigkeiten.

Möglich ist auch die Teilnahme an einzelnen Exkursionen oder Projekttagen auf dem Feld unweit der Haltestelle Alfter/Alanus-Hochschule. Verschiedene Module aus den Bereichen Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Bienenweide können ausgewählt werden, ein erfahrener Biologe und Pädagoge begleitet die Jungbauern durch die Saison.

Auch wenn bereits verschiedene Schulklassen und OGS- oder Kindergartengruppen bei dem Projekt mitmachen, gibt es auf dem Acker der Begegnungsstätte noch ausreichend Platz für neue Gruppen.

Das Schulprojekt wird ergänzt durch einen Mitmachacker für Erwachsene. *trs*

Interessierte Schulen oder Hobbygärtner, die beim Bewirtschaften mitmachen wollen, können sich bei Berthold Engelmänn unter ☎ 0173/7082553 (AB) oder per E-Mail an acker@stallgesprach-alfter.de anmelden.

Arbeiten am „Joerm“

ALFTER-GIELSDORF. Der Ortsausschuss Gielsdorf, Vertreter der Ortsvereine und die Kreisgruppe Bonn des Naturschutzbundes Deutschland arbeiten am Samstag, 8. Februar, an dem alten Gielsdorfer Waldgewässer „Joerm“, um der drohenden Verlandung entgegenzuwirken und das Gewässer wieder amphibienfreundlicher zu gestalten.

Ab 9 Uhr entnehmen die Helfer dem Gewässer Totholz und Blatt- humus. Dadurch soll die freie Wasserfläche vergrößert werden, um das Gewässer weiterhin als Laichgewässer für Amphibien zu erhalten. Unterstützt der Aktion treffen sich Ecke Eichenweg/Auf der Heide in Gielsdorf zwischen Feuerwehrhaus und Friedhofskapelle. Handschuhe und festes Schuhwerk, Gummistiefel und eventuell Schaufeln sind mitzubringen. *hmo*



Immer noch ist der Gehweg am Rheinuferweg in Uedorf nicht gesichert worden.

FOTO: AXEL VOGEL